

Thielemann, Ulrich

Article — Published Version

Das Ende des Neoliberalismus?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thielemann, Ulrich (2005) : Das Ende des Neoliberalismus?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 85, Iss. 6, pp. 358-364, <https://doi.org/10.1007/s10273-005-0387-6>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42528>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist die Kapitalismuskritik berechtigt?

Die Kapitalismuskritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering hat in Deutschland eine heftige Debatte über die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ausgelöst. Werden mit der Kapitalismuskritik tatsächliche Fehlentwicklungen des Wirtschaftssystems angesprochen oder ist sie als Wahlkampfgetöse einzuordnen?

Johann Eekhoff, Steffen J. Roth

Kapitalismuskritik: Verheißung einer besseren Wirtschaftsordnung?

Man tut Franz Müntefering sicher nicht Unrecht, wenn man vermutet, dass er die eigene Parteibasis stabilisieren wollte, als er zum Angriff auf die Manager und Großkonzerne blies. Der Zeitpunkt für die Mobilisierung alter Kampfbegriffe und das Wiedererwecken schlummernder Vorurteile mit aggressiven Attacken kurz vor der Nordrhein-Westfalen-Wahl war kein Zufall. Kann man also die Aktion als Wahlkampfgetöse abtun? Als einen verzweifelten Versuch, der alten Partei-Klientel zu signalisieren, dass die SPD der „Neuen Mitte“ noch immer eine Heimat für Klassenkämpfer bietet?

Leider nein. In Umfragen äußerten sich 70% der deutschen Bevölkerung zustimmend zur Unternehmensschelte. Breiten Bevölkerungskreisen sind die Grundlagen unseres Wohlstands nicht hinreichend bewusst, der bei aller berechtigten Sorge noch immer beachtlich ist. Die mit dem Schlagwort der Globalisierung beschriebenen Prozesse technologischer Entwicklung und friedlicher Integration der Märkte ermöglichen eine weltweite Arbeitsteilung. Relative Kostenvorteile können weltweit

genutzt werden, und den einzelnen Unternehmen erschließen sich neue Märkte. Diese Prozesse sind für Deutschland vorteilhaft, aber sie erfordern ungeheure Anpassungen der einzelnen Unternehmen und Arbeitnehmer. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Veränderungen ergeben, verursacht bei vielen Menschen Angst und Misstrauen. Hier hatte der SPD-Chef das richtige Gespür. Aber die Antworten, die zu kennen er und in seinem Gefolge unzählige Mitstreiter der Bevölkerung vorgaukeln, sind untauglich und gefährlich.

Soziale Verantwortung der Wirtschaftselite

Die breite Zustimmung in der Bevölkerung beruht zum Teil auf der Unzufriedenheit mit unsensiblen, egoistischen und arroganten Verhaltensweisen einiger Spitzenmanager. Die öffentliche Kritik daran müssen sich die Manager gefallen lassen. Im Idealfall ist es solche Kritik, die das Fehlverhalten sanktioniert. Es ist richtig, dass jede Gesellschaft – unabhängig von der Wirtschaftsordnung – viele Menschen braucht, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Es wird allerdings

– ebenfalls unabhängig von der Wirtschaftsordnung – immer Menschen geben, die wenig Rücksicht auf ihre Mitmenschen nehmen und nur ihren eigenen Vorteil im Blick haben. Niemand bestreitet, dass es auch unter Unternehmensführern fürchterliche Charaktere gibt, deren soziale Kompetenz stark zu wünschen übrig lässt und die nicht begriffen haben, dass sie eine soziale Verantwortung für die von ihrer Entscheidung abhängigen Menschen tragen. Aber diese Manager sind keinesfalls repräsentativ, und sie stoßen in einem Wettbewerbssystem schneller auf Widerstand als in zentral gelenkten totalitären Systemen. Die meisten Unternehmenslenker sind sich ihrer Verantwortung für ihre Mitarbeiter überaus bewusst. Allerdings können sie nur dann Arbeitsplätze schaffen oder dauerhaft sichern, wenn sie erfolgreich wirtschaften und Gewinne erzielen. Darauf hat Bundespräsident Köhler in seiner Rede zur „Ordnung der Freiheit“ noch einmal hingewiesen. Unternehmer, die Gewinne erzielen, unter den Verdacht unmoralischen Handelns zu stellen, ist außerordentlich töricht.

**Angst vor
ausländischen Investoren**

Die Debatte dreht sich aber nicht nur um die Kritik am ignoranten Verhalten und arroganten Gehabe einzelner Personen. Es schwingt auch eine Angst vor ausländischen Investoren mit, die leicht in ausländerverfeindliche oder nationalistische Tendenz abgleiten kann, wenn mit solchen Gefühlen gespielt wird.

Die Sozialdemokraten schrecken im Kielwasser der Müntefering-Rede nicht davor zurück, unter dem Schlagwort „Marktradikalismus“ eine schwarze Liste mit namentlicher Nennung von Unternehmen und den jeweiligen Unternehmensvertretern zu lancieren. Ein Teil der Medien hat diese äußerst befremdliche Hexenjagd bedenkenlos mitgespielt. An den Pranger gestellt wurden dabei in erster Linie so genannte Private-Equity-Gesellschaften, d.h. Beteiligungsunternehmen, die außerbörsliches Eigenkapital bereitstellen und sich auf mittlere Sicht in bestehenden Firmen engagieren. Die hinter diesen Beteiligungsgesellschaften stehenden „Kapitalisten-Bonzen“ sind in erster Linie amerikanische und britische Pensionäre und Versicherte, die auf eine möglichst hohe Rendite ihrer Ersparnisse hoffen.

Die Demagogen stört es wenig, dass solche Beteiligungsgesellschaften im Normalfall keineswegs gesunde deutsche Unternehmen kaufen, um sie innerhalb kürzester Frist auszuschlachten, so wie Heuschreckenschwärme Felder abgrasen. Vielmehr investieren diese Anlagegesellschaften Kapital und Know-how in die Zukunftsfähigkeit deutscher Arbeitsplätze. Statt die von der staatseigenen KfW-Bank gegebene Erläuterung, dass der deutsche Markt für privates Beteiligungskapital in Anbetracht der notwendigen Investitionen noch

deutlich ausgebaut werden muss, zur Kenntnis zu nehmen, wurde die Angst vor einer Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen geschürt. Offenbar genügt die Tatsache, dass ausländische Kapitalgeber das Geschick vormals deutscher Unternehmen lenken, um Misstrauen in der Bevölkerung zu wecken. Dabei handeln die Agitatoren nicht aus Unwissenheit fahrlässig, sondern wider besseres Wissen bewusst verleumderisch: Kurz bevor die betreffende Beteiligungsgesellschaft wegen ihres Engagements beim Bankautomatenaufsteller Wincor Nixdorf auf die Liste der Feinde einer sozialen Marktwirtschaft gesetzt wurde, hatte beispielsweise Minister Schartau die Entwicklung der Firma euphorisch gelobt: Wincor Nixdorf hat seit der Übernahme 3000 neue Arbeitsplätze geschaffen, 1100 davon in Deutschland. Den Verkauf der auf der schwarzen Liste aufgeführten Unternehmen MTU und Duales System hatte der Bundeskanzler persönlich befürwortet.

Es kann nur willkommen sein, wenn ausländische Geldgeber sich in Deutschland engagieren. Die Investoren halten viele Unternehmen und Anlagen in Deutschland für unterbewertet. Sie bringen neue Ideen ein und strahlen einen Optimismus aus, der in Deutschland in weiten Teilen abhanden gekommen ist. Die Investoren übernehmen Firmenteile, von denen sich deutsche Großkonzerne im Rahmen ihrer Rückbesinnung auf Kerngeschäfte trennen. Sie übernehmen mittelständische Unternehmen von Eigentümern, die im Generationenwechsel keinen Nachfolger finden, sie investieren in Unternehmen, denen die Banken keine Kredite gewähren. Sie engagieren sich allerdings nicht aus karitativen Motiven heraus in todkranken Unternehmen, sondern dort, wo sie bei konsequenter Umsetzung klarer unternehmerischer Konzepte erwarten, überdurchschnittliche Renditen zu erzielen. In vielen Fällen gelingt dies. Es werden zweifellos deutsche Arbeitsplätze gesichert und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert.

In anderen Fällen gelingt die Aufwertung durch neue unternehmerische Impulse nicht. Manchmal werden die Unternehmen an andere Eigentümer – auch an Hedge-Fonds – weiter verkauft, die dann zum Teil tatsächlich die gebrandmarkte Strategie des

Wirtschaftsdienst 2005 • 6

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Johann Eekhoff, 63, lehrt am Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln und ist Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Er war von 1991 bis 1994 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft. Dr. Steffen Roth, 35, ist Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln.

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, 71, ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie an der Technischen Universität Berlin. Er war von 1999 bis 2004 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Prof. Dr. Ingo Pies, 41, ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Dr. Ulrich Thielemann, 44, ist Vizedirektor am Institut für Wirtschaftsethik der Universität St. Gallen.

„Asset Stripping“ verfolgen: Sie zerlegen Firmen in einzelne Bestandteile und versuchen, diese Einzelteile gewinnbringend zu verkaufen. Dieses Vorgehen schmerzt sicher nicht nur deshalb, weil viele Menschen in der Aufteilung eines zuvor über Jahre bestehenden Unternehmens einen Verlust an wirtschaftlicher Sicherheit sehen. Häufig ist dieses Verfahren auch für die Mitarbeiter, die Zulieferer und ganze Regionen mit Härten verbunden, auf die die Betroffenen nicht vorbereitet waren. Dennoch muss man sich bewusst machen, dass diese Strategie nur in den Fällen lohnend sein kann, in denen das Unternehmen einen negativen Firmenwert hat, d.h. in denen es nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann, und die Summe seiner Einzelteile mehr wert ist als das Ganze. Dies kann nur dann der Fall sein, wenn in einer Firma Ressourcen ineffizient gebunden sind, so dass sie trotz der Transaktionskosten der Zerlegung und Veräußerung an anderer Stelle eine höhere Wertschöpfung erwarten lassen. Bei wirtschaftlich gesunden Firmen muss das Gegenteil der Fall sein.

Hoffnung auf starken Staat

Die wenigsten Bürger haben die Rede Münteferings auf dem Programmforum der SPD gehört oder sie nachgelesen. Es würde sich auch kaum lohnen, denn sie ist, wie Müntefering es bezeichnet, „eher diplomatisch“: Nichts in dieser Rede ist wirklich greifbar genug, um sich damit auseinanderzusetzen zu können. Die Bevölkerung stimmt also keinesfalls mit konkreten Ausführungen oder Vorschlägen überein. Viele Menschen teilen schlicht die „Kapitalismuskritik“ als Ganzes, Müntefering bietet ihnen einen Sündenbock. Das Bestreben, ein solches Feindbild aufzubauen ist zweifellos unlauter, aber angesichts der Hilflosigkeit

gegenüber der gestiegenen Arbeitslosigkeit verständlich.

Schlimmer als die Ablenkung von eigenen Problemen ist die Verheißung: Wenn es gelingt, das Kapital zu bändigen, dann gibt es keinen Druck auf die Löhne durch globalen Wettbewerb, dann werden die Arbeitsplätze in Deutschland nicht mehr durch ausländische Arbeitskräfte gefährdet, dann werden keine Betriebe und Unternehmen mehr in Billiglohnländer verlagert oder allgemein: dann gibt es wieder mehr soziale Sicherheit und mehr Gerechtigkeit. Ins Kreuzfeuer gerät das Wirtschaftssystem als solches. Das System der Marktwirtschaft scheint die Schuld an allen Unsicherheiten und Missständen zu tragen. Damit aber ist ein großer Teil der Zustimmung zu der Müntefering-Attacke auf die darin implizite Verheißung zurückzuführen, der Staat könne ein sozialeres und gerechteres Gesellschaftssystem schaffen. Diese Hoffnung auf den starken lenkenden Staat – gleich welcher politischen Farbe – ist für jede freiheitliche Ordnung gefährlich.

Hat Müntefering tatsächlich eine Alternative entwickelt? Nein, natürlich nicht. Er verwendet Floskeln, denen auch die von ihm als neoliberal bezeichneten Ökonomen zustimmen: „So wenig Staat wie möglich, aber so viel Staat wie nötig“, „Das Prinzip der Subsidiarität und das der Eigenverantwortung haben Priorität“, „Emanzipation ist die Grundlage von Demokratie“, usw. Auch die soziale Absicherung aller Bürger gegen die großen Lebensrisiken ist nicht umstritten. Nicht nur die SPD will „soziale Marktwirtschaft und nicht Marktwirtschaft pur“.

Münteferings Polemik allerdings, Ökonomie beziehe Menschen nur „als Größe in der Produktion, als Verbraucher oder als Ware am

Arbeitsmarkt“ ein, ist falsch: Der Mensch ist von jeher Mittelpunkt der Ökonomie und sein Wohlergehen einziges Ziel und Bewertungsmaßstab zugleich. Kein neoliberaler Ökonom streitet für große Ungleichheit und das Recht des Stärkeren. Beides gefährdet die wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftliche Stabilität in sozialem Frieden und damit zugleich auch die Freiheit zur Entfaltung jedes Einzelnen. Wettbewerb dient einerseits der Identifikation vorteilhafter Lösungen, andererseits gerade auch der Einschränkung übermäßiger privater Wirtschaftsmacht.

Die Politik ist aufgefordert, durch die ordnungspolitische Rahmensetzung für den Fortbestand dieses Systems Sorge zu tragen und Ausuferungen zu verhindern. Sie ist aufgerufen, die Sozialversicherungssysteme zukunftsfest zu gestalten und den Arbeitsmarkt so weit von bürokratischer Verkrustung und von Abgaben zu befreien, dass er funktionsfähig wird. Aber der Staat kann nicht unmittelbar Arbeitsplätze schaffen, er kann nicht Vollbeschäftigung anstreben und gleichzeitig Löhne durchsetzen, die nicht durch die Wertschöpfung gedeckt sind. Und er kann den Bürgern nicht die erforderlichen Anpassungen an die veränderten Rahmenbedingungen ersparen.

Utopische Versprechungen

Dies weiß der SPD-Parteichef, deshalb sieht er auch keinen direkten Handlungsbedarf in Folge seiner Attacke. Aber er hat die Lunte angezündet, deren Flamme schnell auf das Pulverfass der sozialistischen Versprechen zuläuft. Wer würde nicht gerne den bequemen Weg einschlagen, anonymen Kapitalisten stärker auf die Finger zu klopfen, wenn damit die überall sichtbaren Probleme gelöst werden können? Wer würde sich

diesen Verheißungen und Hoffnungen nicht gerne anschließen, zumal wenn keine eigenen Anstrengungen und Einschränkungen verlangt werden?

Große Versprechungen hat es immer wieder gegeben, sowohl auf der Insel Utopia von Thomas Morus als auch in der religiösen Ordnung von Claude Saint-Simon, und auch im kommunistischen System von Karl Marx soll das Kapital nicht den privaten Personen und Unternehmen, sondern der Gesellschaft bzw. dem Staat gehören. Es sollte keinen Verteilungsstreit geben, weil jeder Bürger nach seinen Bedürfnissen mit Gütern versorgt und nach seinen Fähigkeiten zur Erstellung der Güter beitragen würde.

Autoritär gesteuertes Wirtschaftssystem?

Die Sehnsucht nach solchen Konzepten entspringt hehren Motiven und der Erfahrung vieler Menschen aus intakten Familien, in denen die Eltern autoritär aber fürsorglich entscheiden. Die meisten Kinder haben die Fürsorge, die Verteilung nach den Bedürfnissen, die Sicherheit und hinter allem die Liebe der Eltern kennen gelernt. Es erscheint beinahe natürlich, dieses System der Geborgenheit und der Harmonie auf die gesamte Gesellschaft zu übertragen.

Leider sind die realen Erfahrungen negativ. Es wird unterschätzt, dass es auch in der Familie nicht ohne Kontrolle und Sanktionsmöglichkeiten geht. Die Mechanismen der unmittelbaren sozialen Kontrolle können nicht auf die anonyme Groß-Gesellschaft übertragen werden. Es ist ausgeschlossen, die Situation fremder Menschen genau einzuschätzen, die Angemessenheit von Leistungen und Wünschen zu beurteilen sowie die gegenseitige Liebe und Achtung von der Familie auf alle Menschen zu über-

tragen. Aufgrund dieser Schwierigkeiten führt Planwirtschaft letztlich immer zu Ineffizienzen und Mangelercheinungen. Es gelingt nicht, die Produktion hinreichend zu koordinieren, die richtigen Anreize zu setzen, sich nach den Präferenzen der Bürger zu richten sowie Misswirtschaft und Korruption in Grenzen zu halten. Darüber hinaus gibt es auch Familien, in denen freiwilliges solidarisches Verhalten selten und in denen die Abhängigkeit von dem Stärkeren zur ständigen Bedrohung, ja zur Hölle werden kann. Genau diese Gefahr ist in autoritären Systemen des starken Staates besonders groß. Im Normalfall lockert sich die familiäre autoritär-fürsorgliche Beziehung der Eltern und Kinder mit fortschreitender Emanzipation der nachwachsenden Generation. Mit zunehmender Fähigkeit der Kinder zu eigenverantwortlichem Handeln nehmen Eltern es hin, dass die Kinder eigene Interessen entwickeln, eigenen Ideen folgen und eigene Entscheidungen treffen.

Ein autoritär gesteuertes Wirtschaftssystem kann jedoch nie auf die Ausübung von Zwang verzichten. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, müssen Arbeitnehmer gezwungen werden, bestimmte Tätigkeiten an bestimmten Orten auszuüben, muss die Ausbildung junger Menschen den staatlichen Planungen untergeordnet werden, muss generell die Freiheit der Menschen drastisch eingeschränkt werden – bis hin zum Verbot, ausländische Güter zu kaufen, ins Ausland zu reisen und ausländische Besucher zu empfangen. Franz Müntefering wird schwören, an so etwas nie zu denken. Aber was hat er denn gemeint? Woran denken die Gewerkschaften, wenn sie ihn auffordern, nicht nur den Mund zu spitzen, sondern auch zu pfeifen?

Wirkung restriktiver Arbeitsbedingungen

Ein Mitglied des Verdi-Bundesvorstands hat gedroht, man werde für ein „gesetzliches Kündigungsverbot für Unternehmen mit hohen Gewinnen“ kämpfen. Konsequenterweise würde man einen solchen Schritt durch eine Pflicht zur Einstellung neuer Mitarbeiter für Unternehmen mit Gewinnen ergänzen. Jeder Kleinaktionär würde versuchen, seine Aktien deutscher Unternehmen zu verkaufen und seine Ersparnisse im Ausland anzulegen. Um dies zu verhindern, müssten restriktive Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden. Deutschland würde noch stärker als Investitionsstandort gemieden. Neue kapitalintensive und produktive Arbeitsplätze würden nur noch im Ausland entstehen. Die Deutschen müssten entweder mit noch weit geringeren Löhnen zufrieden sein oder einen zusätzlichen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit hinnehmen. Die Arbeitslosigkeit würde man abfangen, indem die Arbeitskräfte per Anweisung zuteilt würden. Damit die produktiven Arbeitskräfte das Land nicht verlassen, könnte man die Grenzen wieder schließen.

Der SPD-Chef wird nicht so weit gehen wollen, sondern mit kleineren Schritten wie der Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftszweige beginnen. Mit diesem Gesetz will die Bundesregierung die als „Lohndumping“ diffamierte Niedriglohnkonkurrenz ausländischer Arbeitnehmer beenden. Die Löhne in Deutschland sollen nicht unter bestimmte Mindestlöhne sinken. Das scheint auf den ersten Blick vorteilhaft für die deutschen Arbeitnehmer zu sein. Aber der Verzicht auf niedrige Löhne und niedrige Produktionskosten bedeutet unmittelbar höhere Preise, so dass die realen

Löhne auf diesem Wege entwertet werden. Ein Teil der Arbeitnehmer kann nicht mehr beschäftigt werden, weil der Mindestlohn nicht zu erwirtschaften ist. Die übrigen Arbeitnehmer müssen dann höhere Abgaben zahlen, und der verbleibende Lohn sinkt. Nicht-standortgebundene Tätigkeiten konkurrieren mit der Herstellung und Bereitstellung im Ausland. Damit die Bevölkerung nicht die im Ausland kostengünstiger produzierten Waren kauft, muss man deren Import

einschränken oder unterbinden. Das Exportgeschäft würde leiden. Unternehmer, die in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sind, würden versuchen in Länder mit geringeren Löhnen abzuwandern, so dass die Arbeitslosigkeit und die Abgabenlast der noch Beschäftigten weiter steigt, die verbleibenden Nettolöhne noch weiter sinken. Dann ist der Weg zu Kapitalverkehrscontrollen, Einschränkungen der Arbeitsplatzwahl und der Be-

wegungsfreiheit der Bevölkerung gar nicht so weit.

Man darf allerdings hoffen, dass die Bürger bzw. Wähler klarer differenzieren, als es in den Umfrageergebnissen erkennbar ist. Das heißt: Man kann sich für mehr Verantwortungsbewusstsein und mehr Sensibilität im Umgang mit Arbeitnehmern aussprechen und gleichzeitig für das freiheitliche System der Sozialen Marktwirtschaft eintreten.

Jürgen Kromphardt

Zur aktuellen Kapitalismusdebatte in Deutschland

In den letzten Jahrzehnten mussten fast alle Industriestaaten eine schlimme Erfahrung machen: Das marktwirtschaftliche System, das auf der Koordination dezentraler Entscheidungen der einzelnen Unternehmer und Konsumenten über den Markt basiert und in dem die Produktionsmittel im Wesentlichen Eigentum privater Kapitaleigner (daher Kapitalismus) sind, funktioniert in der Realität ganz offensichtlich nicht in der wohlthuenden Weise, die viele seiner Anhänger und Apologeten erwarten bzw. versprechen. Dies zeigt sich besonders deutlich an der hohen Zahl von Arbeitslosen, also von Personen, die erwerbstätig sein möchten, aber in das Beschäftigungssystem nicht hineinkommen. Nach mehr als einem Jahrzehnt annähernder Vollbeschäftigung in der frühen Nachkriegszeit hat sich fast überall ein hoher Bestand an Arbeitslosigkeit aufgebaut, wobei das Ende der Phase hoher Beschäftigung in vielen Staaten von den beiden Ölpreisschocks von 1973 und 1979 und der anschließenden restriktiven Geldpolitik

eingeläutet wurde. Die Zahl der Arbeitslosen schwankt zwar mehr oder weniger stark im Laufe der konjunkturellen Entwicklung, aber der langfristige Durchschnitt zeigt nicht nur in Deutschland einen trendmäßigen Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Für diese hohe und hartnäckige Arbeitslosigkeit gibt es eine Vielzahl von Gründen, solche struktureller Art und solche, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die gesamtwirtschaftliche Politik beziehen, und über die heftig und ausdauernd kritisch diskutiert wird. Auslöser der jüngsten Kritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering an bestimmten Fehlentwicklungen in unserem kapitalistischen System (die dafür manchmal verwendete Bezeichnung „Kapitalismuskritik“ ist zumindest irreführend) war jedoch ein Vorgang in einem einzelnen Unternehmen: Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank teilte mit, dieses Unternehmen werde trotz stark gestiegener Gewinne weitere Arbeitsplätze abbauen, um die Rendite des eingesetzten

Kapitals weiter zu steigern, nämlich auf 25%. Diese Äußerung, die ein Verhalten wiedergibt, das auch in vielen anderen Unternehmen geübt wird, ist in der Tat geeignet, sich kritische Gedanken über den Zustand der marktwirtschaftlichen Ordnung zu machen, die sich in den Industriestaaten, darunter auch in Deutschland, entwickelt hat.

Fehlender Wettbewerbsdruck als eigentliche Ursache

Dieser Sachverhalt zeigt nämlich: Der Wettbewerb funktioniert offenbar nicht in der Weise, wie die theoretischen Modelle der allgemeinen Gleichgewichtstheorie unterstellen, die die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems und seine letztlich positiven Auswirkungen auf die Wohlfahrt aller Beteiligten zeigen wollen. Denn das Modell von Walras, auf dem diese Modelle beruhen, geht davon aus, dass Unternehmer unter dem Druck des Wettbewerbs langfristig nur die normale Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals erzielen, die sich ergibt, wenn die

letzten eingesetzten Einheiten des Geldkapitals eine Rendite in Höhe des langfristigen Marktzinssatzes (zuzüglich einer Risikoprämie) erwirtschaften. Darüber hinaus aber kann auf Dauer kein eigentlicher Unternehmergewinn erzielt werden, weil dieser vom Wettbewerb aufgezehrt wird. Wenn jedoch Unternehmen heutzutage eine Eigenkapitalrendite von 15 oder gar 25% anstreben, zeigt sich, dass sie sich Ziele setzen können, die von dieser Situation meilenweit entfernt sind. Der Wettbewerb ist offenbar zu schwach ausgeprägt, um solche in einem Wettbewerbssystem eigentlich nicht vorgesehenen Renditehöhen, die in vielen Fällen erreicht werden, zu verhindern.

Ein weiterer Ausdruck fehlenden Wettbewerbs auf den Gütermärkten sind die hohen Gehälter, die sich manche Vorstände von Aktiengesellschaften genehmigen (lassen), und damit die (angeblich viel zu hohen) Personalkosten weiter erhöhen. Dieses Phänomen ist wohl in den USA stärker ausgeprägt als bei uns und veranlasste jüngst J. Kenneth Galbraith zu der Feststellung: Zu den grundlegenden Merkmalen der Großunternehmen des 21. Jahrhunderts gehöre ein Leitungssystem, das unbeschränkte Macht zur Selbstbereicherung gewährt¹.

Gesamtwirtschaftlich schädliche Gewinnverwendung

Die Schwäche des Wettbewerbs prägt sich immer weiter aus, wenn die hohen Gewinne nicht zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden, sondern zum Auffüllen einer „Kriegskasse“, mit deren Hilfe andere Unternehmen (insbesondere Wettbewerber) aufgekauft werden sollen. In der marktwirtschaftlichen Theorie

¹ John Kenneth Galbraith: Diktatur der Manager, in: Cicero-Magazin für politische Kultur, Ausgabe vom 23.2.2005.

dagegen wird erwartet, dass der Unternehmer in einem kapitalistischen System seinen Gewinn im Wesentlichen wieder investiert, neue Produkte entwickelt und neue Märkte erschließt, wenn er den bisher von ihm bedienten Markt für nicht erweiterungsfähig hält. In einem funktionierenden Wettbewerbssystem würden daher hochrentable Unternehmen versuchen, mit innovativen Produkten oder Verfahren in andere Geschäftsbereiche einzudringen und den dort agierenden Unternehmen deren Gewinne streitig zu machen. Aufgrund dieser verschärften Konkurrenz würden die Gewinne aller Beteiligten langfristig auf das von der Theorie propagierte Niveau zurücksinken. Im konkreten Fall der Deutschen Bank und in allen vergleichbaren Fällen hieße dies, nicht den Personalbestand abzubauen, sondern für das in den angestammten Geschäftsbereichen nicht mehr benötigte Personal neue Geschäftsfelder zu erschließen und in diesen den Wettbewerb mit den dort agierenden Unternehmen zu verschärfen.

Der zu schwache Wettbewerbsdruck und die dadurch ermöglichten hohen Gewinne haben auch gesamtwirtschaftlich fatale Folgen: Zum einen führen die Gewinne selbst nicht im nötigen Umfang zu Sachinvestitionen und damit zu Nachfrage nach Investitionsgütern. Zum anderen ist das Gegenstück zu einer steigenden Gewinnquote eine sinkende Lohnquote. Diese Umverteilung der Einkommen von Arbeitnehmerhaushalten mit hoher Konsumquote hin zu Haushalten von Selbständigen und Vermögenseinkommensbeziehern, die im Gegensatz dazu einen großen Teil ihres Einkommens sparen, wirkt sich negativ auf die Konsumgüternachfrage aus. Die Binnennachfrage, deren schwache Entwicklung in

den letzten Jahren der Hauptgrund für die fehlende wirtschaftliche Dynamik war, wird also weiter geschwächt. Die Problemlage „Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland“ (so der Titel des letzten Jahresgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) wird also zementiert oder gar noch verschärft.

Finanzierungsrechnung spricht eine deutliche Sprache

Die Zahlen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank² sind gut geeignet, diese Problemlage quantitativ zu untermauern. Im Jahr 1999, als die deutsche Wirtschaft beachtliche Zuwachsraten verzeichnete, übertrafen die Ausgaben der nichtfinanziellen Personen- und Kapitalgesellschaften für Investitionen ihre eigenen Ersparnisse um 68,8 Mrd. Euro; dieses Finanzierungsdefizit glich den Finanzierungsüberschuss der privaten Haushalte und Einzelunternehmen von 69,4 Mrd. Euro fast völlig aus. Im Jahr 2003 dagegen verwandelte sich das Finanzierungsdefizit des ersten Aggregats in einen leichten Überschuss (3,7 Mrd. Euro). Auch die Einzelunternehmen senkten ihre Investitionen drastisch, so dass der Finanzierungsüberschuss der privaten Haushalte und Einzelunternehmen auf 125,5 Mrd. Euro stieg, sich also fast verdoppelte.

Die Nachfragerlücke, die das Sparen der privaten Haushalte aufreißt, wird also nicht durch ein entsprechendes Finanzierungsdefizit der nichtfinanziellen Unternehmen kompensiert, sondern nur durch die Finanzierungsdefizite des Staates (82,1 Mrd. Euro) und des Auslands (54,3 Mrd. Euro).

² Siehe Deutschen Bundesbank: Monatsbericht, Juni 2004.

Wettbewerbs- und Fusionskontrolle als richtige Antwort

Angesichts des mangelnden Wettbewerbsdrucks, der eine zentrale Ursache der hohen, aber nicht in gesamtwirtschaftlich günstiger Weise verwendeten Gewinne ist, wäre die richtige Reaktion auf die Ankündigung des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, sich in Deutschland und auch auf EU-Ebene für eine verschärfte Wettbewerbsaufsicht und insbesondere Fusionskontrolle einzusetzen. Letztere sollte Fusionen weitaus skeptischer gegenüberstehen, als dies derzeit der Fall ist, unabhängig davon, ob es sich im Fall von Kapitalgesellschaften um eine freundliche oder feindliche Übernahme handelt. In beiden Fällen verschwindet nämlich meistens ein Wettbewerber vom Markt, der Wettbewerbsdruck wird entsprechend geringer.

Nur durch energische Wettbewerbskontrolle, für die am besten weltweite Regelungen gefunden werden sollten, lässt sich der in kapitalistischen Marktwirtschaften seit jeher zu beobachtenden Neigung der Unternehmen entgegenzutreten, den Wettbewerb untereinander einzuschränken. Diese Tendenz beschreibt schon Adam Smith in seinem ökonomischen Hauptwerk über den „Wohlstand der Nationen“. Auch die deutschen Ordoliberalen der Freiburger Schule betonten zu Recht, dass ein starker Staat nötig ist, um den Wettbewerb zu sichern.

Keynes' zutreffende Prognose

Die Schwierigkeiten, in kapitalistischen Staaten die durch Sparen, also das Nichtausgeben von verfügbarem Einkommen, verursachte Nachfragerlücke zu schließen, hatte Keynes bereits 1943 in einer – leider nur internen – Notiz über „The long term problem of full employ-

ment“³ vorhergesehen. Nach seiner Befürchtung werde es nach den Phasen des Wiederaufbaus und der Deckung des Nachholbedarfs zu einer dritten Phase kommen, in der es nicht mehr gelingen werde, ohne Rückgriff auf verschwenderische („wasteful“) und unnötige Projekte Investitionen in Höhe der Ersparnisse bei Vollbeschäftigung zu erreichen. Dann werde es nötig sein, klugen Konsum der Leute zu fördern, sie vom Sparen abzuhalten und einen Teil des unerwünschten Überschusses („unwanted surplus“) durch verstärkte Muße, mehr Urlaub (der ein wunderbar guter Weg sei, Geld loszuwerden) und kürzere Arbeitszeit zu absorbieren.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik wäre es demzufolge, dem Problem der Arbeitslosigkeit auch von dieser Seite entgegenzusteuern bzw. die Institutionen zu stärken, die entsprechende Änderungen durchsetzen können. Leider agiert die Wirtschaftspolitik meistens in die entgegengesetzte Richtung, angefeuert oder zumindest unterstützt von Unternehmen und Unternehmensverbänden, deren einzelwirtschaftliche Sichtweise ihnen den Weg zu gesamtwirtschaftlich richtigen Einsichten erheblich erschwert.

Hier könnte eine kritische Analyse an der Frage ansetzen, ob nicht in unserem Wirtschaftssystem die Unternehmen und ihre Verbände durch ihre Finanzkraft, mit der sie z.B. scheinbar neutrale Einrichtungen wie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ finanzieren können, durch ihren Medieneinfluss und durch ihre Lobbyarbeit einen übergebühlich starken Einfluss auf die Wirtschaftspolitik nehmen und diese veranlassen, den Bürgern

einseitig unternehmensfreundliche („neoliberale“) Lösungen aufzuzwingen, die diese nicht wollen. Dies gilt auch auf europäischer Ebene, wo z.B. die EU-Kommission in ihrem Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie auf die Anforderungen der Bürger an die sozialstaatliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik keine Rücksicht nimmt und überdies missbräuchlicher Inanspruchnahme durch die Unternehmen Tür und Tor öffnet. Das dadurch hervorgerufene Unbehagen hat wohl auch zu dem Nein der Franzosen und Niederländer zur Europäischen Verfassung, die zu viel neoliberalen Geist atmet oder zulässt, beigetragen.

Investmentfonds sind nur Symptom

Die Attacke gegen Investmentfonds, die wie „Heuschrecken“ über die deutsche Unternehmenslandschaft herfallen, geht dagegen am Problem vorbei und richtet sich gegen ein Symptom und nicht gegen die Ursache. Der zu geringe Wettbewerbsdruck erlaubt nämlich vielen Kapitalgesellschaften, hohe Gewinne zu erzielen und diese zum Teil nicht offen auszuweisen, sondern in stillen Reserven zu verstecken. Die Bildung stiller Reserven hat für das Management Vorteile, weil sie – da nicht als Gewinn ausgewiesen – nicht zur Ausschüttung an die Eigentümer zur Verfügung stehen, sondern im Unternehmen verbleiben und die Handlungsspielräume des Managements vergrößern. Allerdings wirkt diese Politik tendenziell negativ auf den Aktienkurs. Ist dieser entsprechend niedrig, wird es für Außenstehende attraktiv, die Anteile einer solchen Firma aufzukaufen, um die stillen Reserven aufzudecken und sie zusammen mit den offenen Reserven an die Anteilseigner auszusütten.

³ Abgedruckt in „Collected Writings of John Maynard Keynes“, Vol. 27, London etc. 1980, S. 320-325.

Ein Beispiel für ein solches Vorgehen lieferte jüngst der Hedgefonds, der große Anteile der Deutschen Börse erwarb und dann deren Leitung zwang, den Plan aufzugeben, die Londoner Börse zu kaufen (also einen Wettbewerber auszuschalten), und stattdessen die dafür angesammelten Gewinne an die Eigentümer auszuschütten. Dass dafür der Vorstandsvorsitzende zum Rücktritt gezwungen wurde, hat auch mit dem deutschen Aktienrecht zu tun, nämlich mit dem geringen Einfluss der juristischen Eigentümer auf die Geschäftspolitik des Vorstands: Wenn dieser den Wünschen der Eigentümer nicht folgt, bleibt diesem letztlich nur das Zwangsmittel, den Vorstand zu entlassen und einen neuen zu installieren.

Eine sinnvolle Maßnahme, um es den „Heuschrecken“ weniger attraktiv zu machen, deutsche Kapitalgesellschaften aufzukaufen, bestünde darin, die Bilanzierungsrichtlinien zu ändern, um die Bildung stiller Reserven zu erschweren. Darüber hinaus müssten die Kapitalgesellschaften selbst ihre Geschäftspolitik ändern und ihre Gewinne an die Aktionäre ausschütten, die Aktie dadurch attraktiver und teurer machen und sich nötiges Eigenkapital durch Aufstockung des Grundkapitals in das Unternehmen hereinholen. Dies hieße, einer Maxime zu folgen, die z.B. in den USA viel weiter verbreitet ist als in Deutschland.

Viel bedenklicher als die fehlgerichtete Kritik an Investmentfonds

ist jedoch eine Reaktion, die darauf hinausläuft, jede Kritik am Kapitalismus schade dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Damit wird erstens die Ausübung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung kritisiert; zweitens ist diese Reaktion auch deswegen unangemessen und überzogen, weil der Kapitalismus als solcher gar nicht kritisiert wird. Vielmehr wird nur auf bestimmte Schwachpunkte (eingeschränkter Wettbewerb auf vielen Märkten und fehlende Innovations- und Risikobereitschaft mancher Unternehmen) hingewiesen, durch die sich der real existierende Kapitalismus von dem Ideal einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbswirtschaft immer weiter entfernt.

Ingo Pies

Was gefährdet die Demokratie? – Eine kritische Stellungnahme zur Kapitalismusdebatte in Deutschland

Die aktuelle Kapitalismusdebatte in Deutschland arbeitet mit moralischen Schuldzuweisungen. Das Ergebnis ist eine Kombination von hohem Empörungsaufwand und niedrigem Erkenntnisertrag.

Im Folgenden geht es darum, nicht innerhalb dieser facettenreichen Debatte Partei zu ergreifen, sondern zu ihr konstruktiv – d.h. kritisch – Stellung zu nehmen. Die Argumentation setzt ein mit einer Situationsbeschreibung und zeigt dann ein Muster auf, wie Politiker auf diese Situation öffentlich zu reagieren versuchen. Die für Deutschland mittlerweile typische Diskrepanz zwischen dem eigentlichen Sachproblem und seiner öffentlichkeitswirksamen Thema-

tisierung wird ausführlich am Beispiel der Auseinandersetzung über die Gehälter der Manager illustriert. Vor diesem Hintergrund erfolgt abschließend eine Stellungnahme zu der eigentlichen Kernfrage der Kapitalismusdebatte, durch was – nicht: durch wen! – die Demokratie gefährdet wird.

Diagnose: Systemkrise

Deutschland befindet sich in einer Doppelkrise. Zwei Symptome sind augenfällig. Die öffentlichen Finanzen laufen aus dem Ruder. Und der Arbeitsmarkt funktioniert nicht so, dass Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Beide Symptome hängen eng zusammen: Arbeitslosigkeit führt zu massiven Ausga-

bensteigerungen und Einnahmefällen bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie in den Systemen der sozialen Sicherung. Und die hohe Belastung durch Steuern sowie Abgaben, die einen Keil zwischen Brutto- und Nettolohn treiben, preist insbesondere niedrig qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Markt. Ihre Produktivität reicht einfach nicht aus, so hohe Bruttolöhne zu verdienen, dass nach Abzug der Steuern und Abgaben wesentlich mehr übrig bliebe als das sozial garantierte Existenzminimum. Für viele lohnt sich daher legale Arbeit nicht.

Dieses Doppelproblem ist struktureller Natur. Etwaige Hoffnungen, es durch eine bessere Konjunktur

zu lösen, sind deshalb trügerisch. Trügerisch ist auch die Hoffnung auf Wachstum. In Wirklichkeit ist Deutschland mit den bestehenden Institutionen nämlich gar nicht mehr in der Lage, für ein so hohes Wachstum zu sorgen, dass für die inländischen Arbeitnehmer spürbar mehr Beschäftigung entsteht. Die Kausalität hat sich umgedreht: Deutschland braucht weniger Arbeitslosigkeit, damit Wachstum wieder möglich wird und mit steigender Beschäftigung auch die öffentlichen Finanzen gesunden.

Die diagnostizierte Doppelkrise lässt sich also nicht prozesspolitisch, sondern nur ordnungspolitisch bewältigen. Anders formuliert: Innerhalb des jetzigen Spiels – unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – sind die Probleme auch durch noch so intelligente Spielzüge nicht mehr zu lösen. Die Systemkrise lässt sich nur institutionell überwinden. Man muss Spielregeln ändern und versuchen, grundlegend verbesserte Spiele zu spielen. Sonst endet Deutschland in dem von vornherein vergeblichen Versuch, Wasser mit Sieben zu schöpfen oder ein Fass ohne Boden zu füllen.

Moralisierende Reaktionsmuster

In der Öffentlichkeit wird oft leidenschaftlich darüber diskutiert, wer denn nun schuld sei an der Arbeitslosigkeit. Politiker beteiligen sich an solchen Debatten vor allem im Modus des Entlastungsangriffs. Insgesamt lassen sich drei moralisierende Argumentationsmuster beobachten: Je nach Parteibuch wird das Problem den Arbeitslosen, den Gewerkschaften oder den Unternehmen zugeschrieben, die jeweils für ihr vermeintlich verantwortungsloses Verhalten kritisiert werden.

Typisch für das erste Argumentationsmuster ist die Fau-

lenzerdebatte. Ihr Motto lautet: Die Arbeitslosen sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Sie handeln verantwortungslos gegenüber der Gesellschaft, wenn sie sich im sozialen Netz wie in einer Hängematte einrichten. „Missbrauch des Sozialsystems“ ist das zentrale Stichwort dieser Diskussion.

Folgende Fragen werden bei solchen Schuldzuweisungen üblicherweise ausgeblendet: Will man es einem Familienvater wirklich verübeln, dass er lieber arbeitslos bleibt, wenn er durch Aufnahme einer Arbeit reale Einkommenseinbußen erleiden würde? Ist es angesichts der hohen Transfer-Entzugsraten nicht vielmehr rational und gegenüber der eigenen Familie sogar äußerst verantwortungsbewusst, sich so zu verhalten? Was also konstituiert den moralischen Skandal: das Verhalten innerhalb einer solchen Situation – oder vielmehr die Situation selbst, also der Missstand, dass Menschen in Deutschland solch perversen Anreizen ausgesetzt werden?

Typisch für das zweite Argumentationsmuster ist die Gewerkschaftsschelte. Ihr Motto lautet: Die Interessenvertretung der Kernbelegschaften ist schuld an der Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften bedienen nur ihre Klientel und handeln verantwortungslos gegenüber der Gesellschaft, wenn sie über hohe Lohnforderungen Rationalisierungsdruck ausüben, dem die Randbelegschaften zum Opfer fallen.

Folgende Fragen werden bei solchen Schuldzuweisungen üblicherweise ausgeblendet: Sitzen die Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen allein am Tisch? Will man von einer Organisation wirklich verlangen, die Interessen ihrer Mitglieder nicht zu vertreten? Kann man das ausgerechnet unter

Berufung auf die moralische Kategorie der Verantwortung? Durch welche gesetzlichen Regelungen, angefangen vom Arbeitsrecht über die Sozialversicherung bis hin zum Tarifrecht, werden die Rahmenbedingungen definiert, die den Gewerkschaften Anreize geben, sich so zu verhalten, wie sie es tun?

Typisch für das dritte Argumentationsmuster ist die Unternehmensschelte. Ihr Motto lautet: Die Unternehmen sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Ihnen wird vorgeworfen, gesellschaftlich verantwortungslos zu handeln, wenn sie um der Gewinnerzielung willen Beschäftigung abbauen und – als „vaterlandslose Gesellen“ – Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.

Folgende Fragen werden bei solchen Schuldzuweisungen üblicherweise ausgeblendet: Wie stünde es um die moralische Verantwortung der Unternehmensmanager, wenn sie nicht auf eine angemessene Rendite für das ihnen anvertraute Kapital achten würden? Sind es wirklich die hohen Gewinne der Unternehmen, die die Arbeitsplätze in Deutschland gefährden? Könnte es sein, dass Auslandsinvestitionen inländische Beschäftigung sicherer machen? Welche Rahmenbedingungen sind dafür verantwortlich, dass sich vor allem im Segment geringer Berufsqualifikationen eine massenhafte Dauerarbeitslosigkeit verfestigt hat?

Zwischenfazit: Diese moralisierenden Argumentationsmuster weisen eine wichtige Gemeinsamkeit auf. In allen drei Fällen werden Bürger von Politikern beschimpft für Verhaltensweisen, die nichts anderes sind als eine rationale Reaktion auf (Fehl-)Anreize, die die Politik selbst gesetzt hat. Das System versagt, nicht einzelne Personen im System. Deshalb ist Schuld als moralische Kategorie

hier unangemessen. Die kausale Zurechnung unerwünschter Systemergebnisse auf eine angeblich charakterlich bedingte Verantwortungslosigkeit führt in die Irre.

Nota bene: Die gleichen Überlegungen sprechen gegen eine Politikerschelte. Auch hier wird man den Problemen – und den handelnden Personen! – eher gerecht, wenn man Fehlverhalten auf Fehlanreize zurückführt. Solche Fehlanreize können nicht nur von der geschriebenen Verfassung ausgehen, sondern auch vom politischen Diskurs der demokratischen Öffentlichkeit. Wenn es hier zu verkehrten Weichenstellungen kommt, strebt der Politikprozess in die falsche Richtung. Einzelne Politiker geraten dann in eine Situation, in der sie wider besseres Wissen handeln (müssen) und sich genötigt fühlen, mit den Wölfen zu heulen.

Diskursblockaden

In Deutschland besteht eine mittlerweile besorgniserregende Diskrepanz zwischen dem Niveau der politischen Auseinandersetzung und der Sachdimension gesellschaftlicher Herausforderungen. Die öffentlichen Debatten sind weitgehend abgekoppelt von den Diskursen der Fachleute. Insbesondere ökonomischen Argumenten fehlt zunehmend ein gesellschaftlicher Resonanzboden.

Ein deutlicher Beleg dafür ist, dass der Begriff „Humankapital“ zum Unwort des Jahres erklärt werden konnte. Mit diesem Begriff verbinden Fachleute seit je her die Aufforderung, in Menschen zu investieren. Etwas Humaneres kann man sich ja eigentlich gar nicht vorstellen. Welch riesige Missverständnisse stehen da also im Raum, wenn ein solcher Begriff – unter beträchtlichem Beifall der Öffentlichkeit – moralisch zu diskreditieren versucht wird?

Ähnlich bedenklich ist die Klassenkampf-Rhetorik, die immer noch glauben machen will, zwischen Arbeit und Kapital bestehe ein eherner Interessengegensatz. Hier werden einfach seit dem 19. Jahrhundert antrainierte Argumentationssequenzen abgespult, ohne sich von der Realität irritieren zu lassen. In Wirklichkeit aber gilt: Kapital und Arbeit sind Komplementärfaktoren. Arbeit wird durch Kapital produktiv. Mit einer hohen Kapitalausstattung lassen sich hohe Löhne verdienen. Deshalb ist das ökonomische ABC so auszubuchstabieren: Arbeit Braucht Capital.

Reich an normativen Kurzschlüssen ist auch die Globalisierungsdebatte. Unter Beibehaltung der (prinzipiell verfehlten) Klassenkampf-Rhetorik werden nun einfach die Fronten gewechselt. An die Stelle der dualistischen Wahrnehmung eines ehernen Konflikts zwischen Arbeit und Kapital tritt zunehmend eine wiederum dualistische Konfliktwahrnehmung des Verhältnisses zwischen inländischer und ausländischer Arbeit. Dabei gerät manches durcheinander. Rhetorisch fordert man Solidarität, um sie faktisch zu verweigern: Nüchtern betrachtet, ist der Vorwurf des „Lohndumping“ doch nichts anderes als ein Versuch, armen Menschen den einzigen komparativen Vorteil aus der Hand zu schlagen, mittels dessen sie sich aus ihrer Armut herausarbeiten können – durch Integration in eine weltweit marktlich verfasste Zusammenarbeit, von der gerade Deutschland so nachhaltig profitiert.

Ein weiteres Indiz für das diagnostizierte Defizit öffentlicher Problemdiskussion ist ein Artikel, den Günter Grass jüngst in „Die Zeit“ (19/2005) veröffentlicht hat. Hier dokumentiert ein Nobelpreisträger

für Literatur ökonomischen Analphabetismus. Sein Artikel enthält ein Sammelsurium aus Verschwörungstheorien und personalisierenden Schuldzuweisungen. Missliebige Systemergebnisse werden auf missliebige Motive zurückgeführt. Der Tenor: Die Krise Deutschlands sei verursacht durch ein Komplott profitsüchtiger Unternehmen, die sich aus reiner Willkür der Unterlassung schuldig machen, nicht genügend Arbeitsplätze zu schaffen. Solch groteske Kausalzurechnungen können einem Gebildeten vielleicht nur deshalb unterlaufen, weil es in Deutschland offenbar nicht zum Bildungskanon gehört, ein elementares Verständnis der Funktionsweise von Märkten verfügbar zu haben. So kommt es zu moralischen Vorbehalten, die ausgerechnet jene Systemprozesse unterminieren, durch welche moralische Anliegen auf breiter Front zur Geltung gebracht werden (können).

Doch auch hier gilt: Der einzelnen Person ist kaum ein Vorwurf zu machen. Das Problem hat strukturelle Ursachen. Der Artikel von Grass ist Beleg einer Bildungsmisere. Er lässt auf gravierende Versäumnisse und Fehlleistungen in Schulen und Hochschulen sowie im Wissenschaftsbetrieb schließen: Zahlreiche Bürger – und sogar Intellektuelle – leben im marktwirtschaftlichen System, ohne sich darin auszukennen. Aber (wie lange) ist es einer Gesellschaft möglich, Wohlstand zu konsumieren, wenn sie nicht weiß, worauf er beruht?

Manager-Gehälter: Niveau versus Struktur

Einen weiteren Beleg für die Diskrepanz zwischen Sachproblem und Diskursniveau bietet die Debatte um die Gehälter der Manager. Das Sachproblem lautet: Wie justiert man die Rechte und

Pflichten zwischen Vorstand, Aufsichtsrat, Aktionären und sonstigen Anspruchsgruppen? Wie setzt man Anreize, damit Manager nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig am Erfolg des ihnen anvertrauten Unternehmens interessiert sind? An welche Indikatoren knüpft man die variablen Bestandteile der Manager-Gehälter?

Diese Diskussion um „Corporate Governance“ wird weltweit geführt. Sie ist von großer Bedeutung, weil Kapitalmärkte nur dann wirklich gut funktionieren, wenn die Aktionäre den Managern begründet vertrauen können. In der Fachdiskussion stehen somit zwei Aspekte im Vordergrund: die Struktur der Gehälter und die Transparenz dieser Struktur. Zentral geht es um eine Offenlegungspflicht, so dass Aktionäre Aufschluss erhalten über die konkreten Anreize der Manager. Ziel ist, die Anreizstrukturen unterschiedlicher Unternehmen miteinander vergleichbar zu machen. Das würde Lernprozesse in Gang setzen und Kapitalmärkte besser funktionieren lassen.

Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion in Deutschland jedoch steht die Höhe der Manager-Gehälter. Man streitet über den „gerechten Preis“ und unterbietet dabei konsequent alle Standards, die seit dem 16. Jahrhundert das Niveau der Fachdiskussion bestimmen. Damals bereits gelangte die Schule von Salamanca zu der Einsicht, dass die Gerechtigkeit eines Preises nicht an seiner Höhe, sondern an der Fairness des Verfahrens abzulesen ist, durch das er zustande kommt.

Zudem wird in der Debatte der Eindruck erweckt, als könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen bzw. die Löhne angehoben werden, wenn nur die Manager nicht so gierig wären. Das ist absurd.

In Wirklichkeit geht es darum, die Aktionäre – im Klartext: die Kapitalisten! – zu schützen. Den Arbeitnehmern und auch den anderen Anspruchsgruppen käme dies freilich indirekt ebenfalls zugute. Unternehmen wie Enron oder Worldcom haben ihre Existenz schließlich nicht deshalb eingebüßt, weil die Manager zu hohe Gehälter bezogen haben, sondern weil Fehlanreize ein Fehlverhalten nach sich gezogen haben, das man im Interesse aller Anspruchsgruppen eines Unternehmens in Zukunft lieber vermeiden möchte. Es geht um geeignete institutionelle Vorkehrungen, die Vertrauen aufbauen, damit Kapitalmärkte zum Wohle aller besser funktionieren.

Was gefährdet die Demokratie?

Der Begriff „Kapitalismusdebatte“ weckt zahlreiche Assoziationen, anderthalb Jahrhunderte nach dem Kommunistischen Manifest. Aber die Zeiten haben sich geändert. Und Franz Müntefering ist nicht Karl Marx. Er thematisiert nicht eine strukturelle Ausbeutung im System, und schon gar nicht fordert er eine Expropriation der Expropriateure. In der von ihm angestoßenen Debatte geht es um eine mögliche Gefährdung der Demokratie durch Kapitalismus. Das ist neu.

Münteferings Argument besagt, dass bestimmte Verhaltensmuster der Unternehmen die Demokratie gefährden, weil sie die Politiker schlecht aussehen lassen und es ihnen unmöglich machen, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Daher das lamentierende Beharren auf einem Primat der Politik. Daher auch der mit moralischen Appellen – und im Tonfall gelegentlich aggressiv – vorgetragene Wunsch, die Wirtschaft möge sich den Anweisungen der Politik fügen und für mehr Beschäftigung sorgen.

Zunächst zur Faktenlage: Das Allensbach-Institut hat ermittelt, dass das Ansehen von Demokratie und Marktwirtschaft im Jahr 2004 einen Tiefpunkt erreicht hat. Von den Bürgern in den neuen Bundesländern sind nur noch 29% der Meinung, dass Demokratie die beste Staatsform ist. 32% glauben, dass es bessere Staatsformen gibt. Und die Zustimmungsrate zur sozialen Marktwirtschaft ist von 77% im Jahr 1990 auf mittlerweile 18% gesunken.

Trotz des medial inszenierten Spektakels: Es handelt sich also um ein durchaus ernstes Problem. Nur leider fehlt es der Debatte vielfach an Ernsthaftigkeit. Sie wird unter Niveau geführt.

Die Demokratie in Deutschland wird nicht durch entfesselte Märkte gefährdet, wie einige Politiker und Leitartikler glauben machen wollen. Und auch nicht durch die Un(ge)schicklichkeiten einzelner Unternehmen oder Manager. Solche Diagnosen sind schlicht falsch. Und die Therapien, die aus ihnen folgen würden, sind zudem auch noch undurchführbar. Insofern sollte es stutzig machen, dass die gleichen Leute im selben Atemzug beklagen, angesichts der Globalisierung fehle es (ihnen) an Macht, gegenüber der Wirtschaft das durchzusetzen, was sie sich unter einem Primat der Politik vorstellen.

Nicht global vermeintlich entfesselte Märkte für Güter und Dienstleistungen sind das Problem, sondern der gefesselte Arbeitsmarkt. Seine Funktionsweise wird in Deutschland durch sozialpolitische Regulierungen ungewollt so sehr außer Kraft gesetzt, dass es in bestimmten Segmenten der Arbeitnehmerschaft zu dauerhafter Massenarbeitslosigkeit kommt und die öffentlichen Finanzen aus dem Ruder laufen. Diese Doppelkrise

führt auf breiter Front zu einer Erosion von Systemvertrauen. Marktwirtschaft und Demokratie verlieren gemeinsam an Ansehen. Der Grund: mangelnde Problemlösungskompetenz und eskapistisches Ausweichen in gedankenarme Aktionswut. So wird politische Legitimation verspielt.

Was folgt aus dieser Diagnose für mögliche Therapien?

Erstens: Personalisierende Schuldzuweisungen helfen nicht weiter. Sie sind Symptom der Krankheit, als deren Heilung sie sich ausgeben. Denn sie sorgen für genau jene unselige Kombination von hohem Empörungsaufwand und niedrigem Erkenntnisertrag, der die öffentlichen Debatten normativ kurzschließt und damit mental blockiert. Vor einer solchen Moralkommunikation kann Ethik nur warnen.

Zweitens: In der Demokratie bekommt die Öffentlichkeit à la longue genau die Art von Politik, die sie einfordert. Der Diskurs setzt Anreize im Politikprozess. Wird öffentlich unter Niveau diskutiert, kann man auf Dauer keine

Sachlösungen erwarten. Hier liegt das Problem – und folglich auch der Schlüssel zur Problemlösung: Der eigentliche Standortnachteil Deutschlands ist nicht das zu hohe Niveau der Löhne, sondern das zu niedrige Niveau der öffentlichen Auseinandersetzung um demokratische Politik.

Drittens: Dies ist kein Plädoyer für Laissez-faire, kein Plädoyer für einen Rückzug des Staates oder für einen Abbau von Solidarität und sozialer Sicherung. Ganz im Gegenteil: Es geht um eine intelligentere Sozial(ordnungs)politik, die das Potential institutionalisierter Solidarität produktiver zur Geltung bringt. Gegenüber dieser Anforderung zeugen die Reaktionen in der Öffentlichkeit – und deshalb auch in der Politik – freilich eher von Hilflosigkeit. Es fehlt an Orientierung.

Viertens: Dieses Problem ist hausgemacht. Und genau deshalb ließe sich etwas dagegen tun. Hier liegen wichtige Zukunftsaufgaben: Wo sind die Think Tanks, die Kommunikationslücken schließen? Wo sind die Mediatoren, die gesellschaftliche Funktionsebenen an einen Tisch und miteinander ins

Gespräch bringen? Wer übersetzt das für die breite Öffentlichkeit? Wer sorgt hier für Verständnisgrundlagen? Konsensbildung braucht Bildung. Welche Organisationen setzen und halten die hierfür nötigen Lernprozesse in Gang? Pointiert zugespitzt: Deutschland muss stärker auf zivilgesellschaftliche Selbstorganisation setzen, um öffentliche Selbstaufklärung zu betreiben, damit demokratische Selbststeuerung erfolgreich(er) wird.

Fazit

Die gegenwärtige „Kapitalismusdebatte“ tritt als Lösung auf und ist doch nur Teil eines strukturellen Problems: Deutschland befindet sich in einer politischen und wirtschaftlichen Doppelkrise. Die wird sich nur überwinden lassen, wenn eine öffentliche Verständigung darüber gelingt, welche Diagnosen und Therapien den realen Problemen angemessen sind. Hierbei kann (Wirtschafts-)Ethik einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie vor moralisierenden Kurzschlüssen warnt und hilft, die richtigen Fragen zu stellen.

Ulrich Thielemann

Das Ende des Neoliberalismus?

Seit Franz Münteferings Rede am 3. Programmforum der SPD¹ wird in Deutschland wieder über „Kapitalismus“ gesprochen und gestritten. Diese Rede, gehalten einen Monat vor der Landtags-

wahl in Nordrhein-Westfalen (die die SPD verlor), sollte der Wählerschaft eines Landes, dessen Bevölkerung zu weiten Teilen unter anhaltend hoher und zunehmend drohender Arbeitslosigkeit sowie unter einschneidenden Reformen des Sozialstaates leidet, offenbar erneut signalisieren, dass die regierende Partei dafür einsteht, dass „die Wirtschaft für die Menschen

da ist und nicht umgekehrt“². Insbesondere ein danach gegebenes Interview, in dem Müntefering „manche Finanzinvestoren“ mit „Heuschrecken“ verglich, die „über Unternehmen herfallen, sie abgra-

¹ F. Müntefering: Demokratie. Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit, Berlin, 13. April 2005, www.spd.de/servlet/PB/menu/1048247/index.html. Soweit nicht anders verzeichnet entstammen die folgenden Zitate dieser Quelle.

² F. Müntefering: Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion auf dem Sonderparteitag der SPD, Berlin, 21. März 2004, www.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1495769.

sen und weiterziehen⁴³, hat heftige und zum Teil schrille Reaktionen hervorgerufen und die eigentliche Debatte ausgelöst.

Münteferings Thesen zur „Macht des Kapitals“

Dabei geriet zuweilen in Vergessenheit, worin die Thesen und Postulate Münteferings in ihrem Kern bestehen, nämlich weder in der Verdammung der Marktwirtschaft noch in der Pauschalkritik von Unternehmertum und Management – als müsse man dies betonen. Rufen wir uns deren systematischen Gehalt daher in Erinnerung und fragen wir uns nach seiner ethischen Tragfähigkeit.

Müntefering sieht die Gesellschaftsdienlichkeit und Fairness der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung, die zunehmend eine globale ist, offenbar als nicht mehr gegeben an. Wer aber ist für die „Fehlentwicklungen“ verantwortlich bzw. zu ihrer Korrektur in die Pflicht zu nehmen?

Müntefering nimmt vor allem Investoren und die von diesen unmittelbar angestellten Führungskräfte in den Blick, und zwar sowohl auf der Ebene der Ordnungsethik als auch der Unternehmensethik⁴⁴. Die „Macht des Kapitals“ sei nicht nur gewachsen, sondern „das Kapital“ setze diese Macht zunehmend unverantwortlich und „ungehemmt“ ein und trage damit zur „totalen Ökonomisierung“ der Lebensverhältnisse bei⁵. Hinter den „international forcierten Profit-Maximierungs-Strategien“ habe

sich mittlerweile ein Verständnis von Unternehmensführung herausgebildet, dass das „Sozialwesen Mensch“ zwar berücksichtigt, „aber nur in Funktionen: als Größe in der Produktion, als Verbraucher oder als Ware am Arbeitsmarkt“. Dies erinnert an Kant, der die Zweckformel des kategorischen Imperativs ja auch auf die Formel gebracht hatte: „Im Reich der Zwecke (in der universalen Gemeinschaft der Menschen, Anmerkung des Verfassers) hat alles entweder einen Preis, oder eine Würde. Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes, als Äquivalent, gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstatet, das hat eine Würde.“⁶

Die von Müntefering kritisierten „Finanz-Unternehmen“ verfahren offenbar nach der gegenteiligen Maxime, die Thomas Hobbes so formuliert hatte: „Die Geltung oder der Wert eines Menschen ist wie der aller anderen Dinge sein Preis. Das heißt, er richtet sich danach, wieviel man für die Benützung seiner Macht bezahlen würde und ist deshalb nicht absolut, sondern von dem Bedarf und der Einschätzung eines anderen abhängig.“⁷

„Bestimmte Finanz-Unternehmen“, insbesondere Privat-Equity-Gesellschaften, nehmen ihre Verantwortung „für ihre Arbeitnehmer und für den Standort“ nicht genügend wahr, indem sie mit

immer spitzerem Bleistift rechnen und systematisch nach den für sie vorteilhaftesten Anlagemöglichkeiten Ausschau halten. Und dabei „entdecken“ (Hayek) sie, dass sie für die „Benützung“ (Hobbes) der Leistungen anderer (insbesondere der Angestellten, aber auch der Zulieferer) relativ zu anderen Optionen weniger bezahlen können. Dies ist die unternehmensethische Seite, auf die noch zurückzukommen sein wird.

Die „Macht des Kapitals“ hat aber auch eine andere, nämlich ordnungsethische Seite. Spiegelbildlich zu ihr steht die Ohnmacht der Politik⁸. Unter Bedingungen offener Märkte unterwirft nämlich das Kapital auch die Politik den „ungehemmten Regeln des Marktes“, indem es jede ihm nicht genehme Politik mit der Exit-Option, mit dem Abzug des Kapitals und damit der Vernichtung von Arbeitsplätzen bestraft. Damit wird die „Handlungsfähigkeit der Staaten“ – nicht nur Deutschlands – „rücksichtslos reduziert“. Dies widerspricht einem Politikverständnis, das den Staat nicht bestenfalls als einen „Reparaturbetrieb“ begreift, sondern als rechtsförmiges Instrument, mit Hilfe dessen die Demokratie sich und ihrer Wirtschaft eine Ordnung, eine „Soziale Ordnung“ gibt – Ordoliberaler wie Alexander Rüstow sprachen von einer „Vitalordnung“ –, die dem guten Leben, dem Wohlstand aller nach Regeln fairer Chancengleichheit verpflichtet ist.

Dem sich abzeichnenden oder bereits hergestellten „Primat der Ökonomie“, das zunehmend alle

³ F. Müntefering: Kapitalismus mag ich nicht, Interview, in: Bild am Sonntag, 17. April 2005, www.bild.t-online.de/BTO/news/2005/04/17/muntefering_interview/muntefering_interview.html.

⁴ Vgl. zu den verschiedenen „Orten“ der Moral des Wirtschaftens P. Ulrich: Zivilisierte Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Orientierung, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 99 ff.

⁵ Vgl. hierzu auch U. Thielemann: Integrative Wirtschaftsethik – als Reflexionsbemühung im Zeitalter der Ökonomisierung, in: D. Mieth, O. J. Schumann, P. Ulrich (Hrsg.): Reflexionsfelder integrativer Wirtschaftsethik, Tübingen, Basel 2004, S. 69-102.

⁶ I. Kant: Kritik der praktischen Vernunft. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Werkausgabe Bd. VII, Frankfurt a.M. 1974 (1786), S. 68.

⁷ Th. Hobbes: Leviathan, Frankfurt a.M. 1984 (1651), S. 67.

⁸ Vgl. hierzu U. Thielemann: Freiheit unter den Bedingungen des Marktes. Oder doch gegenüber der Marktlogik? Vom verfehlten Umgang mit Sachzwängen, in: H. Schmiedinger (Hrsg.): Der Mensch – ein freies Wesen? Autonomie – Personalität – Verantwortung, Darmstadt 2005, S. 261-287.

Lebensbezüge, private wie öffentliche, ökonomischen Imperativen unterwirft, stellt Mütterling das „Primat der Politik“ entgegen⁹. Auch hier lässt sich der kategorische Imperativ, diesmal in der Autonomieformel, ins Spiel bringen: „Vernünftige Wesen“ sind „nur ihrer eigenen und dennoch allgemeinen Gesetzgebung unterworfen“¹⁰. Wer sich an politischen Debatten beteiligt, der hat das Primat demokratischer Politik bereits anerkannt. Wir können den Vorrang eines anderen Prinzips, einer anderen Macht als derjenigen unserer eigenen Einsichten, die sich dann in der politischen Gestaltung des Gemeinwesens niederschlagen, nicht rational wollen – ganz unabhängig davon, welche Politik wir im Einzelnen vertreten.

In einer zunehmend globalisierten Welt muss diese Politik selbstverständlich ebenso globaler Natur sein, denn die Nationalstaaten werden ja durch die ökonomischen Kräfte von Schiedsrichtern zu ökonomischen Spielern (ähnlich Unternehmen) herabgestuft, deren vorrangige Sinnbestimmung nunmehr darin bestehen soll, das Land und seine Bevölkerung als Standort zu begreifen, den es im „Beauty contest“ um die Gunst der Investoren fit zu halten gilt. Auch dies hat Mütterling klar erkannt: „Wo der Nationalstaat an die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten stößt, könnte die Europäische Union und könnten Institutionen der internationalen Völkergemeinschaft wirkungsvoll handeln.“

Gegensätzliche Reaktionen von Experten und Bürgern

Die Reaktionen einiger wirtschaftsnaher Kreise bestätigten,

⁹ Vgl. ausdrücklich AP: Mütterling bekennt sich zu Rot-Grün, 28. Mai 2005.

¹⁰ I. Kant, a.a.O. S. 65.

eher unfreiwillig, die These Mütterlings von der überbordenden „Macht des Kapitals“, dem „Primat der Ökonomie“ und dem Verlust der politischen Freiheit. Nur schon die Debatte sei, so Lufthansa-Aufsichtsratschef Jürgen Weber, „höchst gefährlich“¹¹, da das Kapital abwandere und Arbeitsplätze verlagere, wenn es daran zweifele, dass die Politik alles daran setzt, ihm gute Rentabilitätschancen zu bieten – in Relation zu anderen Standorten, versteht sich. Die Bevölkerung stimmt den Thesen Mütterlings hingegen gemäß einer Infratest-Umfrage zu zwei Dritteln zu. In diesem erstaunlichen Ergebnis, das quer steht sowohl zum eigenen Wahlverhalten als auch zum Meinungsbild der überwiegenden Mehrheit der Exponenten der Politik als auch der ökonomischen Experten und Medienkommentatoren, sprechen sich vermutlich Erfahrungen mit Unternehmen aus, die aus der Sicht der Befragten „ihre Verpflichtungen gegenüber dem Standort und den Beschäftigten“ nicht ernst genug nehmen und bei denen daher „die Unternehmerethik nicht mehr stimmt“¹².

Im großen Zuspruch spricht sich vermutlich auch die Erfahrung aus, dass die angebotsorientierten Versprechungen nicht den Realitäten entsprechen und die sozialdemokratische Bundesregierung die Unternehmen – genauer: das Kapital bzw. die Investoren – schon genügend „gehätschelt“ hat; jetzt sei es an der Zeit für die versprochene „Reformdividende“. So wurden diverse Steuersätze auf Gewinn-

¹¹ J. Weber: Politik spielt mit der Angst der Menschen, Interview, in: Welt am Sonntag, 24. April 2005.

¹² So die Formulierungen Mütterlings, vgl. F. Mütterling: Kapitalismus mag ich nicht, a.a.O.

und Kapitaleinkommen signifikant gesenkt (etwa der Körperschaftsteuersatz von 47,5% auf 25%), steuerliche Abzugsmöglichkeiten gewährt (sogar für die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland), und im Gegenzug der Anstieg der Lohnnebenkosten, trotz nach wie vor steigender Arbeitslosigkeit, zumindest aufgehalten. Dies hatte etwa zur Folge, dass die Belastung mit Steuern und Abgaben auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen von 17,1% im Jahre 1997 auf 15,7% im Jahre 2003 sank; 1980 hatte sie noch 33,5% betragen¹³. Peer Steinbrück, soeben abgewählter SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, erwartet, darin vermutlich eine verbreitete Stimmung zusammenfassend, „von Kapitalgesellschaften ... nach dieser Verbesserung der Rahmenbedingungen eine Standortverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland“ – statt dass die Wirtschaftsverbandsvertreter „nichts anderes zu tun haben, als die nächste Forderung nachzuschieben“¹⁴.

Wohlstand für alle?

Die These, dass offene Märkte und damit Wettbewerb Wohlstand

¹³ Vgl. L. Jarass, G. M. Obermair: Sinkende Steuerbelastung von Unternehmens- und Vermögenseinkommen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 84. Jg. (2004), H. 3, S. 152-160, hier S. 153. Bemerkenswert ist auch, dass die Gewinn- und Vermögenseinkommen zwischen 1991 und 2004 um 50,7% vor Steuern und um 60,5% nach Steuern stiegen, die Steigerung der Summe aller Löhne und Gehälter im gleichen Zeitraum hingegen nicht nur geringer ausfiel, sondern auch nach Steuern (24,7%) geringer anstieg als vor Steuern (31,4%), was auf eine Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast auf den Faktor Arbeit hindeutet. Real sanken die Summe der Löhne und Gehälter den Berechnungen des isw (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München) zufolge zwischen 1991 und 2004 um 5,1%. Vgl. isw-wirtschaftsinfo 37. Bilanz 2004 – Ausblick 2005, www.isw-muenchen.de/download/beispielseiten-info37.pdf.

¹⁴ P. Steinbrück: Rede im Landtag, 20. April 2005, www.spd.de/servlet/PB/show/1048194/220405_steinbrueck_landtag.pdf.

für alle schafft, verliert zunehmend an Plausibilität. Dementsprechend wird sie heute auch eher selten vertreten. Eine Ausnahme bildet Karl Homann, Inhaber eines der wenigen Lehrstühle für Wirtschaftsethik in Deutschland (München), der auch in der gegenwärtigen Situation ausdrücklich an der These festhält, dass „Wettbewerb solidarischer als Teilen“ sei, da er „den Konsumenten, der Allgemeinheit“ Vorteile verschaffe¹⁵. Die hohe Zustimmung zu den Thesen Münteferings zeige nur, dass „die Deutschen ... emotional immer noch gegen Markt und Wettbewerb“ eingestellt seien, obwohl sie doch „in der Marktwirtschaft und gut mit ihr“ leben.

Allerdings ist die Alternative zum – offenbar „ungehemmten“ (Müntefering) – Wettbewerb nicht das „Teilen“ oder gar eine Abschaffung des Wettbewerbs, sondern ein nicht vollständiger, stattdessen eingebetteter Wettbewerb. Wettbewerb ist bekanntlich ein Prozess „schöpferischer Zerstörung“ (Josef Schumpeter), der stets Gewinner und Verlierer schafft. Zusätzliche Einkommen lassen sich nur erzielen durch das „Abziehen des Publikums (und ihrer Kaufkraft, Anmerkung des Verfassers) vom Verbrauch anderer Artikel“¹⁶. Als Konsumenten dürfte „die Allgemeinheit“ in der Regel von der dynamischen Verschärfung des Wettbewerbs profitieren, als Produzenten bekommen viele Bürger aus dem Kreise „der Allgemeinheit“ jedoch zunehmend am eigenen Leibe zu spüren, wie ihre Einkommen einbrechen. Und

¹⁵ dpa-Umfrage vom 20. April 2005. Vgl. zu dieser These auch K. Homann, F. Blome-Drees: Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992, S. 26, , 52 f.

¹⁶ L. v. Mises: Markt, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd.7, Tübingen 1961, S. 131-136, hier S. 133.

da nützt es wenig, wenn die aus China exportieren Stofftiere billiger werden.

Die These ubiquitärer Sachzwänge

Mit Preis- und damit Lohnniveaus, die nur einen Bruchteil derjenigen Niveaus betragen, die in reifen Volkswirtschaften vorherrschen, können und wollen die hier Beschäftigten nicht konkurrieren. (Ein-Euro-Jobs sind kein Modell für eine moderne Gesellschaft gleichberechtigter Bürger, sondern eher die Blaupause für eine neo-feudale Gesellschaft.) Aber sie müssen. Dies jedenfalls ist die Botschaft der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen und der ökonomischen Experten, die die Politik beraten. An die Stelle der Gemeinwohlthese ist die Sachzwangthese getreten. Es ist, wissenschaftlich gesehen, das Verdienst Hans-Werner Sinns, diese These nicht bloß untergründig, sondern explizit formuliert zu haben.

Sinn verkündet uns von den „Gesetzen der Ökonomie“, insbesondere vom „Fundamentalgesetz des Faktorpreisausgleichs“, das eine „sich mit eherner Notwendigkeit durchsetzende Tendenz darstellt, gegen die die deutsche Politik machtlos ist“¹⁷. Es besagt, dass „jeder Versuch, die Löhne anders zu strukturieren, als es das Gesetz der Knappheit diktiert, ... zwangsläufig in ... Arbeitslosigkeit“ mündet. Darum sei „die Entrüstung über die Gesetze des Kapitalismus müßig. Auch wenn diese Entrüstung die Fallgesetze beträfe, hätte Gott dafür nur ein müdes Lächeln übrig“¹⁸.

¹⁷ H.-W. Sinn: Basar-Ökonomie Deutschland. Exportweltmeister oder Schlusslicht?, ifo Schnelldienst, 6/2005, S. 19, www.cesifo-group.de.

So hatten auch die Puritaner und Calvinisten gedacht, die im Marktprozess den weisen Willen Gottes wirksam sahen. „Wenn jener Gott, den der Puritaner in allen Fügungen des Lebens wirksam sieht, einem der Seinigen eine Gewinnchance zeigt, so hat er seine Absichten dabei. Und mithin hat der gläubige Christ diesem Rufe zu folgen, indem er sie sich zunutze macht.“¹⁹ Natürlich verbietet sich eine solche Metaphysik des Marktes für uns Moderne heute. Auch wenn Sinn im Markt- und Wettbewerbsprozess nicht mehr, wie etwa noch Hayek mit seiner Theorie des Wettbewerbs als eines „Entdeckungsverfahrens“, den Inbegriff des ethisch-praktisch Richtigen erblickt und er stattdessen die „enorme Ungleichheit“, die die ungebremsen Kräfte des Faktorpreisausgleichs erzeugen, für ungerecht zu halten scheint²⁰, jedenfalls für „übertrieben“ hält²¹, so löst sein vormoderner und antiliberaler Fatalismus doch eher Kopfschütteln aus. „Wer sich der Wirtschaft mit moralischen Ansprüchen nähert, hat die Funktionsweise der Marktwirtschaft nicht verstanden.“²² Eher hat Sinn das logische Primat der Ethik nicht verstanden.

Auch wenn Sinn, und auch dies unterscheidet ihn vom bislang vorherrschenden Kanon der ökonomischen Theorie, klar die Verlierer benennt und damit, wenn auch nur

¹⁸ www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,351124,00.html.

¹⁹ M. Weber: Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I., 9. Aufl., Tübingen 1988, S. 17-205, hier S. 175 f.

²⁰ Ifo-Chef Sinn: Das Kapital muss man hätscheln, ddp Basisdienst, 20. April 2005.

²¹ H.-W. Sinn: Basar-Ökonomie Deutschland. Exportweltmeister oder Schlusslicht?, a.a.O., S. 41.

²² Ifo-Chef Sinn: Das Kapital muss man hätscheln, a.a.O.

implizit, das „Zerstörerische“ des Wettbewerbsprozesses erkennt²³, so verkennt er doch, dass sich hinter dem quasi-natürlichen „Gesetz des Faktorpreisausgleichs“ durchaus machtvolle Interessen verbergen – schließlich wird dieses „Gesetz“ weder von der Natur noch dem lieben Gott erzeugt, sondern von menschlichen Akteuren. Das, was Ökonomen als – naturgleiches oder gar ausdrücklich „natürliches“ – Gleichgewicht fassen, dem etwa ein „natürliches Lohnniveau“ entspricht²⁴, ist eben nichts Natürliches, sondern vom Maß der „Findigkeit“ der Akteure abhängig, also vom Ausmaß und dem Nachdruck, in dem sie ihre Eigeninteressen verfolgen.

Die Arbeitsplätze und Einkommen vieler Beschäftigter (potenziell: aller) sind nicht „wegen der hohen und starren Lohnkosten gefährdet“²⁵, sondern weil ihre bisherigen Tauschpartner die Exit-Option wählen. Und hier sind zumindest auch, wenn nicht in erster Linie, die Kapitalgeber bzw. das von ihnen bestellte Management zu nennen. Auch ist es kausalitätstheoretisch falsch zu behaupten, die Arbeitslosigkeit würde durch Arbeitslosengeld und Sozialhilfe „selbst erzeugt“²⁶. Denn nicht die Beschäftigten, sondern andere haben ihr Handeln geändert – unter anderem Unternehmen bzw. ihre Leitungsorgane. Diese könnten die durch die Sozialpolitik schon lange aufgebauten (und in jüngerer Zeit

abgebauten) „Mindestlohnforderungen“, entgegen den Behauptungen Sinns, zumindest in vielen Fällen durchaus erfüllen. Aber sie wollen dies nicht. Und sie müssen dies angesichts der Optionen, die ihnen andere Investitionsstandorte bieten, in denen ganz andere Preisniveaus vorherrschen, auch nicht²⁷.

Die sinkende Plausibilität der Berufung auf Sachzwänge

Exakt hier setzt die unternehmensethische Kritik an der „Macht des Kapitals“ an. Wenn Unternehmen hohe Gewinne einfahren und zugleich Mitarbeiter entlassen, weil sich damit die Gewinne noch weiter steigern lassen, dann löst dies bei den Betroffenen Empörung und Enttäuschung aus und bei breiten Teilen der Bevölkerung mindestens Unverständnis. Die Parteilichkeit der Sachzwänge²⁸ ist hier zum Greifen nahe. So haben die DAX-30-Unternehmen im letzten Jahr ihre Gewinne mehr als verdoppelt, knapp die Hälfte davon an die Aktionäre ausgeschüttet und zugleich rund 35 000 Stellen abgebaut – dennoch oder deswegen, das ist die Frage.

Offenbar entlassen Unternehmen zunehmend ohne Not – und ohne Rechtfertigung. Waren Entlassungen bislang immerhin legitimiert von Sachzwangrhetorik begleitet, nach dem Motto: „Wenn wir nicht heute schon diese schmerzlichen Einschnitte vornehmen werden wir uns morgen zu weit drastischen Maßnahmen genötigt sehen“, so werden sie

heute einfach verkündet. Die Sachzwangrhetorik verfängt nicht mehr angesichts faktisch erzielter Gewinnsteigerungen, einer anvisierter Eigenkapital-Rentabilität von 25% und mehr und auch angesichts des Umstandes, dass sich einige Manager die Gewinnsteigerung durch Outsourcing und Offshoring fürstlich honorieren lassen. „Da gibt es schreckliche Beispiele in der Managerkaste“, sagt Edzard Reuter. „Furchtbare Menschen, die vor Gier jede Verantwortung beiseite gelassen haben.“²⁹

Der methodische Abbau von Skrupeln

Private-Equity-Gesellschaften, die als „aktive“ Investoren auftreten, haben die hiermit angesprochene Skrupellosigkeit systematisch zu ihrem Geschäftsmodell erhoben. Sie kaufen Unternehmen auf, um sie zu „verwerten“, d.h. zu Restrukturieren und – zumeist zergliedert – mit hohem Gewinn weiterzuveräußern. Natürlich stellt sich die Frage, warum die bisherigen Eigentümer bzw. das von diesem eingesetzte Management dies nicht auch hätten tun können. Die systematische Antwort lautet: Weil das Wirtschaften stets nicht nur von marktlichen, sondern auch von marktfremden Gesichtspunkten bestimmt ist. In deren Elimination besteht das Geheimnis unternehmerischen Erfolgs – und die Essenz des Wettbewerbs. Marktfremde Gesichtspunkte – wenn man will: „Ineffizienzen“ – sind wettbewerbskonstitutiv, und der Wettbewerbsprozess besteht geradezu in ihrer „Entdeckung“ (Hayek) und Beseitigung durch „findige“ Unternehmer³⁰.

²³ Vgl. H.-W. Sinn: Basar-Ökonomie Deutschland. Exportweltmeister oder Schlusslicht?, a.a.O., S. 42; ders.: Das Dilemma der Globalisierung, Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 2004, St. Gallen 2004, S. 11.

²⁴ Vgl. H.-W. Sinn: Basar-Ökonomie Deutschland. Exportweltmeister oder Schlusslicht?, a.a.O., S. 21.

²⁵ Ebenda S.40.

²⁶ H.-W. Sinn: Das Dilemma der Globalisierung, Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 2004, a.a.O. S. 13.

²⁷ So oder so ist die Übernahme von Verantwortung niemals „unmöglich“, sondern allenfalls unzumutbar.

²⁸ Vgl. P. Ulrich: Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, 3. Aufl., Bern, Stuttgart, Wien 2001, S. 148 ff.; U. Thielemann: Das Prinzip Markt. Kritik der ökonomischen Tauschlogik, Bern, Stuttgart, Wien 1996, S. 335 ff.

²⁹ E. Reuter: Es gibt schreckliche Beispiele von Gier, Interview, in: Kölner Stadt Anzeiger, 29. April 2005.

Ein Beispiel für die Operationsweise von Private Equity Fonds ist die Übernahme des an sich hochprofitabel wirtschaftenden, in seiner Branche führenden Badarmaturenherstellers Grohe durch Texas Pacific Group (TPG) und Credit Suisse First Boston (CSFB). Die eingesetzten Berater, unter anderem McKinsey, kamen zu dem Schluss, dass der Standort Herzberg „nicht wirtschaftlich zu führen“ sei, wobei „wirtschaftlich“ hier im Sinne eines Opportunitätskostenkalküls zu verstehen ist: Das Werk Herzberg erzielt zwar Überschüsse, aber man könnte noch höhere Überschüsse erzielen, wenn man die Produktion nach China verlagert. Im Jargon der Berater heißt dies dann: „Verkauf wertvernichtender Unternehmensteile“³¹, denn alles, was nicht die maximal mögliche Rendite erbringt, wird als „wertvernichtend“ definiert.

Der vormalige Eigentümer des Unternehmens hatte dem Vernehmen nach vor dem Schritt, das Werk Herzberg zu schließen und damit 300 Beschäftigte in einer strukturschwachen Region zu entlassen, „zurückgeschreckt“. Ihm fehlte offenbar die nötige „Radikalität“ (McKinsey), „Wertgenerierung als Leitziel aller Managementanstrengungen“ konsequent zu etablieren. Normalerweise werden marktfremde Wertgesichtspunkte allerdings wohl weniger durch Skrupel aufrechterhalten, die den Akteuren bewusst vor Augen sind; vielmehr gehören sie typischerweise einfach zum *courant normale* der Art und Weise, wie man in einer

Firma oder Branche wirtschaftet. Ob solcher Zurückhaltung ist es aus der Sicht eines Investors, dem keine Rentabilität zu hoch sein kann, vorteilhaft, wenn er „Einsteiger von außen“ einsetzt. Diese können nämlich „viel freier agieren als das etablierte Management“ – vielleicht haben ja Bindungen zwischen Management und Belegschaft bestanden. Auch kann das neu eingesetzte Management, durch millionenschwere Incentives auf „Wertsteigerung“ und nichts anderes eingeschworen, „völlig unbefangen – mit mehr Abstand und losgelöst von historischen Entwicklungen“ auf die Unternehmung blicken. Belegschaften, aber auch Zulieferer und teilweise auch Abnehmer, die vor ausgedünnten Produktsortimenten stehen – ausgedünnt um jene Teile, die keinen „überproportionalen“ Deckungsbeitrag abwerfen –, haben nichts Gutes von dieser Art der Unternehmensführung zu erwarten.

„Gerade in Deutschland gibt es noch viel Potenzial“ – für das „unbefangene“ Setzen „radikaler Schnitte“, weil der „Rheinische Kapitalismus“, die soziale Marktwirtschaft, die einmal „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) ermöglicht hatte, noch große Spielräume für die Elimination marktfremder Gesichtspunkte bietet. Dieses Modell, dessen Erfolgsgeheimnis in einer einigermaßen gelungenen Balance zwischen marktlichen und marktfremden Gesichtspunkten bestand, droht über kurz oder lang „schöpferisch zerstört“ zu werden – „schöpferisch“, d.h. vorteilhaft allerdings nur für wenige.

Die Chancen integrity Unternehmensführung

„Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir“, hatte Müntefering verkündet. Aber wie?

Betrachten wir zunächst die unternehmensethische Seite. Der hohe Anspruch zu den Thesen Münteferings lässt sich ja auch so deuten, dass die Bürger von den unternehmerischen Entscheidungsverantwortlichen erwarten, dass sie nicht mit dem spitzesten möglichen Bleistift kalkulieren und jede nur erdenkliche Chance des „Smartsourcing“ (Deutsche Bank) ausnutzen. Sie erwarten ganz selbstverständlich Integrität vom Management, nicht etwa maßloses Vorteilsstreben. Sie erwarten, wie von jedem anderen Akteur auch, dass die Entscheidungsträger die Bereitschaft aufbringen, das eigene Erfolgsstreben von seiner Legitimierbarkeit und Verantwortbarkeit abhängig zu machen. Ansonsten ließe es sich auch nicht legitimieren.

Dass sich hierin kein abgehobener Idealismus ausspricht, verdeutlichen nicht nur die Reaktionen teilweise altgedienter Führungskräfte wie Edzard Reuter, Wendelin Wiedeking (Porsche) oder Dietrich Hoppstedt (Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes)³², die ihrer Besorgnis über die neue Radikalität im Management Ausdruck verleihen, die dem von ihnen praktizierten Führungsverständnis offenbar nicht entspricht. Auch ist auf die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen unter dem Banner von „Corporate Citizenship“, „Corporate Social Responsibility“ oder „Nachhaltigkeit“ zu verweisen, mit denen praktisch jedes große Unternehmen heutzutage die Integrität seiner Geschäftspolitik zumindest dem Anspruch nach bekundet.

Da mag noch vieles vom funktionalistischen Geist beseelt sein, sich

³⁰ Vgl. U. Thielemann: A Brief Theory of the Market – Ethically Focused, in: *International Journal of Social Economics*, 1/2000, S. 6-31, hier S. 12 ff.

³¹ Vgl. auch für das Folgende J. Ihring, G. Kerschbaumer: Erfolgreich umstrukturieren mit Private Equity, www.mckinsey.de/downloads/kompetenz/cig/CIG_uebergreifend/2001/a22_Private_Equity.pdf.

³² Vgl. W. Wiedeking: Geiz ist eine Todsünde, Interview, in: *Die Zeit*, Nr. 18, 28. April 2005; www.handelsblatt.com/pshb?fn=tt&sf n=go&id=1033117.

opportunistisch an die „Erwartungen“ erfolgsrelevanter Stakeholder anzupassen. Diese Bewegung, die auf der Macht der Stakeholder (vor allem: Konsumenten und Mitarbeiter) beruht, der Unternehmung die Unterstützung (in Form von Kaufkraft und Motivationen) zu entziehen, birgt allerdings eine genuin ethische Eigendynamik. So sind Versuche, von der eigenen Geschäftspolitik mit ein paar Spenden hier und da abzulenken, ansonsten aber mit „radikaler Restrukturierung“ und Personalabbau fortzufahren, eher zum Scheitern verurteilt. Eine im unverkürzten Sinne kluge Geschäftsleitung wird darum die Chancen einer nicht bloß erschlichenen, sondern verdienten Reputation erkennen, die auf echter Integrität beruht, nicht auf ihrem billigen Schein³³.

Für eine globale Ordnungspolitik

Doch benötigen Unternehmen, deren Entscheidungsverantwortliche es ernst damit meinen, wie „gute Bürger“ zu wirtschaften, institutionelle Rückenstützen. Natürlich besteht die Pointe des modernen Rechtsstaates nicht darin, dass „die Guten“ „die Bösen“ bestrafen. Vielmehr geben sich die Bürger – einschließlich der Corporate Citizens – selbst Regeln (die sanktionsbewehrt sind), um sicherzustellen, dass der Verantwortungsbewusste nicht der Dumme ist. Denn in modernen Großgesellschaften reicht die moralische Verbindlichkeit, die sich in Deliberationsprozessen herausbildet, etwa auch in Stakeholderdialogen, nicht aus. Dies gilt vor allem in einer globalisierten Wirtschaft, die den Nationalstaaten, ja sogar Staaten-

gemeinschaften wie der EU, ihre Souveränität, jedenfalls mit Blick auf marktfremde Gesichtspunkte, beinahe vollständig entzogen hat.

Lösungen für die von Hans-Werner Sinn eindrücklich geschilderte sozial-ökonomische Krise, in der nicht nur Deutschland, sondern praktisch alle reifen Volkswirtschaften stecken, sind nicht nationalstaatlich zu finden. Der globale Markt braucht eine globale Rahmenordnung, wenn er gesellschaftsdienlich und fair funktionieren soll. Selbstverständlich würde dies bedeuten, dass nicht jede beliebige Exit- oder Entry-Option, die profitabel möglich wäre, gewählt werden könnte. Man sollte dies nicht vorschnell als „Protektionismus“ verdammen – wobei daran zu erinnern ist, das „Protektion“ Schutz bedeutet und es durchaus schützenswerte Interessen gibt. Auch ist an Schumpeters Einsichten zu erinnern, dass der „völlig unkontrollierte Drang nach vorwärts“, also die völlige Öffnung aller Märkte, „mit Notwendigkeit zu Katastrophen“, und zwar zu „sinnlosen Katastrophen“ führen muss und ein gemäßigter Wettbewerb „nicht nur eine stetigere, sondern auch eine größere Ausdehnung der Gesamtproduktion hervorrufen“ kann³⁴. Weniger ist zuweilen mehr. Dies jedoch lässt sich wohl erst erkennen, wenn wir einen nüchternen und gänzlich metaphysikfreien Blick auf die Marktprozesse werfen.

Insoweit davon auszugehen ist, dass die Differenz des „kranken Mann Europas“ (Sinn) zu den übrigen reifen Volkswirtschaften zu wesentlichen Teilen auf die Lasten der Vereinigung zurückzuführen ist,

muss sich Deutschland nicht schämen, wenn eine entsprechende Initiative für eine weltordnungspolitische Einbindung und Zähmung der „Macht des Kapitals“ von ihm ausginge. Man darf gespannt sein auf die Vorschläge der von der SPD-Bundestagsfraktion eingerichteten Arbeitsgruppe, vor allem mit Blick auf die „Institutionen der internationalen Völkergemeinschaft“ und die Wiederherstellung der „Handlungsfähigkeit der Staaten“ (Münzfering).

Ein erster, eher bescheidener, weil auf elementare Grundrechte (einschließlich Arbeitnehmerrechte) bezogener Anfang lässt sich in den UN Draft Norms on Business and Human Rights erblicken³⁵. Bezeichnenderweise jedoch hat die EU gesamthaft diesem schon lange diskutierten Vorschlag der UN Commission on Human Rights eine Absage erteilt. Vieles spricht dafür, dass die EU sich damit gegenüber den Investoren als profitabler Standort anbieten wollte – was erneut die ungeheure „Macht des Kapitals“ bestätigte. Natürlich würde zu einer fairen und gesellschaftsdienlichen Ordnung der Weltwirtschaft auch gehören, den „race to the bottom“ bei der Besteuerung der Kapitaleinkommen zu stoppen, so dass sich dieses wieder an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligt, statt sich mit Hilfe von Steueroasen und Transfer pricing davonzustehlen und die Lasten, die es ja selbst zu wesentlichen Teilen mit verursacht, anderen – nämlich dem noch einigermaßen zahlungsfähigen, aber finanzimmobilen Mittelstand – aufzubürden.

³³ Vgl. U. Thielemann: Akzeptanz oder Legitimität? Die Idee verdienter Reputation, CCRS Pavilion Lecture, Zürich 2004, CCRS Occasional Paper Series No. 05/04, www.ccrs.unizh.ch/publications/occasional/OP0504-UT_0403.pdf.

³⁴ J. A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, 7. Aufl., Tübingen 1993, S. 150, 172.

³⁵ Vgl. zur aktuellen Diskussion www.business-humanrights.org/Categories/Principles/UNNormsonbusinesshumanrights.